

Saale-Beitung.

Stromberg'scher Jahrgang.

Anzeigen

wenden die Spaltenzettel oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Geschäfts-
Halle, Dr. Wundtstraße 63, 1. sowie von
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle
und auswärts 1 M.
Ertheilt täglich einmal,
Sonntags und Feiertage einmal.
Redaktion und Haupt-Expedition:
Halle, Dr. Wundtstraße 63, 1.
Küchenschaffstraße: Markt 24.
Anzeigen-Expedition: Dr. Wundt,
Halle, Dr. Wundtstraße 63, 1. Telefon Nr. 591 u. 176.

Bezugspreis
Der Posten vierteljährlich bei postmässiger
Bestellung 2.50 M., durch die Post
3.25 M., auswärts 3.75 M.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
An allen Zeitungs-Bezugsstellen
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte
kann keine Gewähr übernommen werden.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Beitung“ gestattet.
Verleger: Dr. Wundt, Halle Nr. 1140;
der Kommissionsverleger: H. 1133.

Nr. 494.

Halle a. S., Freitag, den 21. Oktober.

1910.

Der Fall Schacht.

L. C. Der Fall Schacht, der im Prozeß Becker am Mittwoch verhandelt wurde, ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die preussische Bureaucratie gegen Beamte vorzugehen ver-
steht, die sich politisch missliebig gemacht haben. Der Lehrer
Schacht hat einen wahren Dornenweg zwischen Disziplin-
strafen und Dienstulpenhosen hindurch wandern müssen, weil
er der freisinnigen Sache sich agitatorisch ge-
widmet hat. Das ist und bleibt der tiefere Grund für das
Vorgehen gegen ihn, und dafür hat der Prozeß eklatante Be-
weise erbracht. Keineswegs versteht man in der preussischen Bureaucratie
wie nirgends sonst die Kunst, missliebigen politischen
Persönlichkeiten wegen sonstiger kleiner Vergehungen, die bei
anderen Beamten gar nicht gegeben und beachtet werden, einen
Strich zu drehen und es dann so hinstellen, als ob sie wegen
vieler Taten, theils aber nicht wegen ihrer politischen Ge-
sinnung bestraft werden seien. Das beliebteste Mittel bei dieser
Habseligkeit ist die Erklärung, der Betreffende habe
keinen Dienst vernachlässigt, weil er sich agitatorisch
betätigt habe, er sei zu spät gekommen u. s. w. Herrn
Schacht gegenüber hat man genau so operiert, er konnte aber
nachweisen, daß er stets seinen Dienst getan und die eine Ver-
säumung, die ihm zur Last fiel, erlitten hat, weil er — Na-
menlos hatte. Aber auch in das persönliche Leben des Mannes
griff man hinein. Seinen harmlosen Verkehr mit Lehrern
verurteilte man ihm zum Vorwurf! Aber der Fall Schacht
ist um deswillen so charakteristisch, weil hier einmal klar und
deutlich doch das politische Moment als Grund des Vor-
gehens gegen einen freisinnigen Lehrer zutage tritt. In
diesem Fall hat die Bureaucratie nicht ganz dicht gehalten,
denn die wahren Gedanken und Absichten einigermaßen
deutlich, und das danken wir ihr.

Lehrer Schacht ist vom Landrat selbst wegen Maje-
stätbeleidigung angeklagt worden. Warum? Er soll
geizig haben, ein Präsident sei billiger wie ein Kaiser. Eine
richtige aber absolut nicht beleidigende Bemerkung — wenn
sie wirklich gefallen ist. Aus der Sache konnte kein Kapital
gegen Schacht geschlagen werden. Schacht erhielt später nach
Auslassung des Regierungsschulrats Reddner, wegen seines
öffentlichen politischen Auftretens „einer Bureaucratie, und
dann wegen „angelegentlich ungenügender Leistungen“ eine
Disziplinarstrafe. Schacht hat dann im Protokoll versprochen,
nicht mehr zu agitieren. Er bekannte unter Eid, daß er zu
diesem Versprechen gezwungen worden ist, daß man ihm für den
entgegengekehrten Fall die Suspension vom Dienst androhte.
Und Landrat v. Mallbach gab schließlich nachzugeben zu, er
habe es für erforderlich erachtet, gegen Schacht einzuschreiten,
da dieser in einer Versammlung, selbst aber nicht, zwischen
freisinniger Vereinigung und Sozialdemokratie beharrte nur
geringe Unterschiede. Ein Mann mit solchen Anschauungen sei
für die Jugendbeziehung nicht geeignet. Und der Staatsanwalt
war nunmehr gezwungen, selbst als wahr zu unter-
stellen, daß der Landrat wegen der politischen Haltung
Schachts gegen ihn eingeschritten sei.

Hier haben wir den klaren Sachverhalt. Man verfolgt
einen freisinnigen Lehrer aus Ehrlich und Trübs, um ihn per-
sönliche und dienstliche Verfehlungen zum Vorwurf machen zu
können, aber man geht doch hauptsächlich, das haben Spieler satt,
dazu über, ihn seine politische Haltung entgegen zu lassen.
Der Mann wird verfolgt, bedroht und schikaniert wegen des
Ausdrucks seiner politischen Überzeugung, wegen der Wahr-
nehmung seiner Staatsbürgerrechte. Das ist es, was bewiesen
werden sollte und was nunmehr auch bewiesen ist. Und was
ganz besonders häufig bei diesem Vorgehen ist, das ist die Tat-
sache, daß man offenbar aus dem Zusammenhang gerissene Sätze
dazu benutzt, um einen liberalen, auf dem Boden der heutigen
Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden Mann als drei-
verleitet Sozialdemokraten und Republikaner zu verdächtigen
und dadurch das Vorgehen gegen ihn plausibler zu machen.

Es ist kein Wort zu hoch, um dieses Verhalten der Be-
hörden gegenüber dem Angeklagten einer Partei zu gesehn,
das auf geistlichem Wege für ihre Anschauungen propagiert
und für diese Tätigkeit auch bezahlte Anhänger haben muß,
die sich für die Verurteilung stellen. Der Fall Schacht ist ein
neuer Beweis dafür, wie die preussische Bureaucratie bestraft
ist, die Beamtenhaft zu willenslosen Werkzeugen der herrschen-
den Mächtigkeit zu degradieren.

Ein Beleidigungsprozeß mit politischem Hintergrund.

(Telegr. Bericht.)

S. u. H. Greifswald, 20. Okt. 1910.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wird Regierungsprä-
sident a. D. von Scheller als Zeuge vernommen. Er war
am 1. Nov. 1908 in Stralsund im Amt und tritt sich des
Falles des Lehrers Schacht durch verschiedene Eingaben. Schul-
rat Banke bewerkstelligte über Schacht, worauf dieser ver-
schiedene Ordnungsstrafen erhielt. Seine politische Tätigkeit
wurde nicht mit hinein. Eine solche politische Tätigkeit kann
zu disziplinarem Eingreifen Veranlassung geben, wenn sie gegen
die Pflichten verstoßt, die das Amt des Lehrers auferlegt
ist. Der Zeuge behauptet, daß die amtliche Tätigkeit darunter leide.
Der Zeuge behauptet weiter, daß es das Verfahren bei der Er-
nennung Somers zum Gutsvorsteher für völlig korrekt halte,
es sei kein Fehler dabei vorgekommen. Daß eine Order
ausgegeben wurde, Becker aus dem disziplinarem Wege zu
verurteilen, ist dem Zeugen unbekannt. — Vor: Ist es richtig,

daß Ihnen von Seiner Majestät, als Sie nach Straßund ver-
setzt wurden, gesagt wurde: Reiten Sie mit Gott mein lieber
Scheller und tauchen Sie mit der

Schweinefleisch

in Straßund auf! — Zeuge v. Scheller: Eine solche Ver-
setzung kann für einen kritischen Menschen nur als eine Unwahr-
heit oder als eine Väterlichkeit gelten. Ich war darüber nicht
so erheitert, sondern empört, daß ein Mann von der Stellung
und der Bildung des Angeklagten eine solche Verurteilung ge-
tan hat, das ist unerhört. Es ist kein wahres Wort daran, die
Verurteilung trägt den Stempel der Unwahrheit an der Stirn.
Ich habe mir überlegt, ob ich die Verurteilung in der Öffentlichkeit
dementieren sollte. Ich sagte mir aber, daß es besser wäre,
die Person Seiner Majestät nicht in die Öffentlichkeit zu ziehen.
Ich habe daher die Tatsachen dem Angeklagten in einem anti-
lischen Schreiben mitgeteilt. Wenn er trotzdem die Verurteilung
weiter fortsetzt hat, was ich nicht weiß, so muß ich das als
eine Handlungsweise erklären, für die ich keinen parlamenta-
rischen Ausdruck habe. Mir ist weder von höherer Stelle noch
von meinen direkten Vorgesetzten irgend eine Direktive gegeben
worden.

Schulrat Reddner erklärt, daß die Festsetzung Schachts
nicht wegen seiner freisinnigen Gesinnung, sondern wegen der
Vernachlässigung seines Amtes erfolgt ist. — Regierungsprä-
sident v. Lomener: Das ergibt sich aus den Strafver-
fügungen. — Zeuge Schacht: Das steht zwar in den Straf-
verfügungen drin, ich bin aber überzeugt, daß ich
wegen meiner freisinnigen Agitation be-
straft wurde. Ich habe das sublimste Empfinden, daß
die Strafe gerade wegen meiner politischen Haltung erfolgt ist.
— Schulrat Reddner: Es hat sich bei Revisionen in der
ersten und fünften Klasse des Zeugen Schacht herausgestellt,
daß er nicht die „Methode“ anwandte, die man von einem
seminaristisch gebildeten Lehrer verlangen muß. — Es wird
dann das Protokoll der in Stralsund erfolgten kommissarischen
Vernehmung des Oberpräsidialrats Duninage verlesen.
Derselbe hat bezeugt, daß Becker wiederholt zu Terminen ge-
laden war, aber nicht erschien, so daß er durch Genannten ge-
heißt werden mußte. In dem Disziplinarverfahren gegen den
Angeklagten seien formale Fehler nicht vorgekommen, ebenso-
wenig sei eine Order zur Verurteilung ergangen.

In den fortgesetzten Verhandlungen wird

Rechtsabogado Herr v. Goltz

als Zeuge vernommen, der gestern in einem Briefe der Ver-
urteilung mitgeteilt hatte, daß er wegen der Konzipierung der
Demmer'schen Urkunde für das Lokal der Witwe Müller auf Ver-
anlassung der liberalen im Kreis Grimm beim Kriegs-
minister vorstellig geworden sei und die Rücknahme der Sperre
verlangt habe. Der Zeuge bezeugt:

Es lag damals gerade die Budgetkommission und zur
Beratung stand der Militär-Etat. Da ich nicht Mitglied der
Kommission war, legte ich mich dort hin und brachte meine
Schwäche vor. Ich weiß nicht mehr, wer mich empfing, ent-
weder war es der Kriegsminister v. W. oder ein selbst
oder der Generalleutnant v. W. Ich sagte,
daß nach meiner freien Überzeugung es sich in Grimm um
ein Vorgehen aus politischen Motiven handele und daß ich
mich daher für berechtigt hielt einzugreifen, nachdem ich aus
früheren Vorgängen diese Überzeugung erlangt hatte. Ich
habe dem Herrn die Vorgänge im Lokal der Witwe Müller
auszudenken und gesagt: Ich möchte die Sache nicht im
Plenum vorbringen, denn ich könnte nicht annehmen, daß das
Kriegsministerium mit der Verhängung der Sperre einver-
standen sei, ich könnte dies um so weniger annehmen, als
gerade meine politischen Freunde die militärischen Forde-
rungen, soweit sie sie als berechtigt anerkannten, bewilligten.
Wir gaben ja damals als außergewöhnlich
militärisch an. — Vor: Das hat damit nichts zu tun.
— Zeuge (fortfahrend): Der Vertreter des Kriegsmini-
sters versprach mir, sofort telegraphisch Entlassungen ein-
zugleichen. Ich glaube, es war schon am nächsten Tage, als mir
der Vertreter sagte, die Sache sei geordnet, das nächste Kon-
zert werde wieder im Lokal der Witwe Müller stattfinden.
Mir ist nicht gesagt worden, daß meine Angaben, der Sache
lagen politische Motive zugrunde, u. s. w. Ich fahre fort.

Es kommt darauf zu der Feststellung, daß gestern die Ver-
urteilung behauptet hat, in dem Briefe des Zeugen Goltz
heißt es: Auf beiden Seiten, das heißt bei ihm und dem Kriegs-
minister habe die übereinstimmende Überzeugung geherrscht,
daß politische Momente vorherrschend waren. Aus diesem
Grunde hat der Gerichtshof die Ladung des Zeugen veranlaßt,
und die Verurteilung hat in diesem Sinne ihren Beweis antrag
formuliert. Heute ergibt sich, daß es in dem Briefe nur heißt:
man habe angenommen, daß politische Momente vorlagen. —
Der Vorsitzende konstatiert diese Tatsache. — A. M. Lengemann
erklärt, daß er für keine Person und als Verteidiger sich nie-
mals für berechtigt halten würde, bei der Formulierung von
Beweisanträgen zu verfahren. Er glaube, daß auch die
Mehrheit der Anwaltschaft ein derartiges Verfahren nicht
für zulässig halten würde. — A. M. Berndt: Es ist wohl noch
in keinem Prozesse vorgekommen, daß ein Anwalt dem anderen
mit der Anwaltschaft gegenüber geteilt hat. — Vor: Das ist auch
hier nicht der Fall gewesen, der Herr Verteidiger hat nur ge-
sagt, was er über die Sache denkt. — A. M. Berndt: In man-
chen Fällen ist es schwer, Beweisangebote zu stellen. Wir haben
den Beweis antrag im Sinne der Anklagen formuliert, die
der Zeuge Goltz in seinem Briefe getan hat. Im übrigen
gewinnen wir immer mehr den Eindruck, als ob die Verhand-

lung wie eine Untersuchung gegen die Verurteilung geführt
wird. — Der Vorsitzende verweist sich gegen diese Behauptung
und bemerkt, daß ein Mitglied des Gerichtshofes die Verurteilung
als schweren Vorwurf empfinde. — A. M. Berndt: Ich will
den Vorwurf zurücknehmen, muß aber erklären, daß ich jeden-
falls nur meinem Gewissen Rechenschaft darüber schuldig bin,
was ich in dieser schwierigen Sache die Interessen des Ange-
klagten wahrzunehmen habe. — Der Zeuge Goltz wird so-
dann entlassen. — Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Die „Wahrheit“ im offiziellen Pres- bureau.

Ueber Beziehungen, welche die „Wahrheit“ durch einen
Mittelmann zum offiziellen Presbureau des Aus-
wärtigen Amtes und speziell zu dem Leiter dieses
Presbureau, Herrn Geheimrat Hamann, unterhalten haben
soll, teilen die „Deutschen Nachrichten“ folgendes mit:

In Kreisen, die sich über die Stimmung in der Wilhelm-
straße bisweilen sehr gut unterrichtet zeigen, sieht man dem
kommenden Prozeß gegen die „Wahrheit“ nicht
ohne Spannung entgegen, denn es könnte im Verlauf
dieses Prozesses der Fall eintreten, daß der Staatsanwalt
Fragen aufwirft, die im Ressort des Geheimrats Dr.
Hamann nicht besonders gern gesehen werden könnten.
Es ist namentlich durch eine Zeitungsartikelle bekannt geworden,
daß die Staatsanwaltschaft im Laufe des Ermittlungsver-
fahrens gegen Bruhn auch den Geheimen Hofrat Karl
Renne als Zeugen geladen hat. Von diesem Herrn ver-
spricht man sich eine kleine Demission, denn es heißt, daß der
Herr Hofrat durch den wegen Erpressung verurteilten, leichthin
geforderten Redakteur Dabbel, mit dem er ein freundschaft-
liches Verhältnis unterhalte, weil beide in erster Linie der
Antikommunismus zusammengeführt, mit der „Wahrheit“ in jahre-
langen Beziehungen stand. Nun ist aber auch der Hofrat im
Ressort Hamann, also in der Presseabteilung des
Auswärtigen Amtes, kein kleiner Mann, man kennt ihn viel-
mehr fast sehr gut. Die Frage, wie weit unter die Pro-
zessen kam, und wie er seine Beziehungen, die ihn mit anti-
tischer Stelle verbanden, etwa für den weniger antiken Freund
in der „Wahrheit“ benutzte, könnte vielleicht aufgeworfen
werden, wenn... Ja, wenn der Herr Hofrat nicht bisweilen
frank wäre, welcher Umstand bereits einmal eingetreten ist
soll, es als daran ging, den Hofrat um verheißenes zu be-
fragen. Hoffen wir also im vorliegenden Falle, daß der Herr
Hofrat ebenso gesund bleiben wird, wie der Herr Staatsanwalt
orientiert sein dürfte, damit mit der Person ausgeräumt wird,
daß im Auswärtigen Amt Herren ein- und ausgehen, deren
Tätigkeit von verschiedenen Seiten — bisher nur still — gar
kritisch Anlaß gegeben haben soll.

Die Wichtigkeit der vorstehenden Meldung voraus-
gesetzt, muß es der anständigen Presse im höchsten Grade
bedenklich erscheinen, daß im Ressort des Herrn Hamann Per-
sönlichkeiten ein- und ausgehen, die man sich im Presse-
bezugsamt lieber vom Leibe halten sollte. Selbstverständlich
hat gerade der verstorbene Journalist Dabbel Infor-
mationen gehabt, die oft genug verrietten, daß er nicht
schlecht befreundet war. Wir erinnern uns a. B., daß Dabbel
Mitteilungen aus dem Munde des verstorbenen Ministers
v. Miquel gegen Schwere Geld an die Zeitungen verkehrte,
die auf normale Wege schwerlich zu erlangen gewesen
wären, auch während der Tätigkeit v. Miquels hat
Dabbel Mitteilungen an Provinzialzeitungen vertriebt, die er
nicht aus den Fingern gelogen haben kann. Vielleicht
bringt der „Wahrheit“-Prozeß die Wahrheit über die Her-
kunft dieser Nachrichten. — Da man im Pressebezugsamt des
Auswärtigen Amtes gegen viele Journalisten, die tatsächlich
in Anrede darauf erheben könnten, mit authentischen
Informationen versehen zu werden, übergründlich, ja
direkt verschlossen und zugeknöpft bis oben ist,
— so zugeknöpft, daß angelegene Journalisten ihre kost-
bare Zeit dort gar nicht mehr opfern, weil sie wissen, daß sie
doch nur mit einigen belanglosen Dementis abgehspelt wer-
den — so darf man mit Recht die Frage aufwerfen, welche
Qualifikationen ein diplomatischer Redakteur eigentlich
besitzen muß, um der Ehre des „lohnenden“ Empfanges bei
Herrn Geh. Rat Hamann teilhaftig zu werden? — Wenn
Herr von Adolfs-Wächter, dem man Takt, Energie und
Geschicklichkeit nachrühmt, hier einmal eingreifen und zeit-
gemäße Reformen durchsetzen wollte, würde ihm die gesamte
anständige Presse Deutschlands dankbar sein.

Denburg als Oberbürgermeister von Berlin.

Berlin, 21. Okt. Die Berliner Morgenpost
veröffentlicht heute einen sehr interessanten Artikel, der ge-
eignet ist, einiges Aufsehen zu erregen. Der Artikel knüpft
an die Unzufriedenheit an, die in weiten Berliner
Kreisen gegen die Stadtverwaltung besteht. Dieser Unzufriedenheit, die schließlich zur Gleichgültigkeit
gegen die Selbstverwaltung führen könnte, mußte bei der
nächsten Oberbürgermeisterwahl durch die Aufstel-
lung eines Mannes von bedeutenden Quali-
täten Rechnung getragen werden. Selbsten bisheiger
Oberbürgermeister, Herr Rischnow, habe bereits erklärt,
daß er eine etwa auf ihn fallende Wiederwahl nicht an-
nehmen werde. An seine Stelle schlägt als neuen Ober-

hüßgermeister die „Berl. Morgenpost“ niemand anders als Bernhard Dernburg, den früheren Staatssekretär im Reichsaussenamt, vor, weil dieser bei der Berliner Bürgerwehr die allerpopulärste Erscheinung sei.

Der „ängstliche“ „Reichsanzeiger“.

In seinem Urinprüfungs bei der Galatäel in Neustettin hatte der Kaiser von Sachsen verlangt, in der gegenwärtigen Zeit müßten die deutschen Bundesfürsten zusammen treten. Diese Aufforderung, die so selbstverständlich ist, daß sie sich nicht nur auf die Gegenwart beschränken sollte, scheint dem „Reichs- und Staatsanzeiger“ höchst bedenklich vorgekommen zu sein. Er wagt sie gar nicht weiterzugeben. Er drückt die Depeche des offiziellen Bureaus über den Besuch des Königs von Sachsen in Neustettin zwar ab, schließt aber mit dem Satze, daß „zwischen den beiden Monarchen Urinprüfungs gewechselt wurden“. Der Rest der Depeche ist einfach gestrichen worden. Da der „Reichs- und Staatsanzeiger“ sonst unbeschäftigt abdruckt, was offiziös und halb-offiziös ihm zugeht, ist der Vorgang immerhin bemerkenswert. Daß auch die Redaktionen der Bundesfürsten einer königlich preussischen Zensur unterzogen wurden, wußte man in weiteren Kreisen bisher wohl noch nicht.

Die Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen.

Die „Nationalistische Correspondenz“ schreibt:

Die gegenwärtigen Beratungen der Reichsversicherungsordnungs-Kommission, die unter anderem auch darüber die Entscheidung bringen werden, ob durch die Einführung der Hälfte der Krankentafelbeiträge der Sozialdemokratischen Wirtschaft in diesen dem Gemeinwohl dienenden Institutionen ein Ende bereitet werden soll, haben uns aus den Kreisen der Versicherten und der Kassenangehörigen eine große Menge von Zuschriften eingetragen, aus denen uns manches der Widerlegung wert erscheint; vor allem, weil aus diesen Mitteilungen hervorgeht, wie sehr sich die Sozialdemokratie noch nicht völlig verfallenen Arbeiterkreise nach Befreiung von dem unentgeltlich gewordenen Krankentafel. So wird uns aus schätzigen Krankenstellen (wir lassen Namen und Ortsangaben fort, um die Einsender nicht den sozialdemokratischen Machthabern am Messer zu liefern) u. a. folgendes geschrieben:

Die in den Kassen gewählten Mitglieder und Arbeitsgehilfen werden mit den Voten der Partei und Gewerkschaft verglichen. Dadurch wird festgestellt, wer nicht „organisiert“ ist. Die Unorganisierten werden dann von den Berufslosen Personen solange in ihrer Wohnung, die ebenfalls der Ortskrankenkasse bekannt ist, besucht, bis sie dem fortwährendem Druck nachgeben. Die Gewerkschaftssekretäre gehen in den Kassen zu jeder beliebigen Zeit aus und ein und erhalten auf jede Frage die gewünschte Auskunft, erforderlichenfalls auch Einsicht in die entsprechenden Unterlagen. Bei Streit erweist sich die Ortskrankenkasse als fruchtbarer Institution für die „Genossen“. Werden 3 Arbeitslose vorzeitig entlassen, so werden diese Arbeitslosen bei der zukünftigen Kasse angemeldet. Die dort tätigen „Genossen“ seien umgeben der Streikfestigkeit, Namen und Wohnung der „Streikbrecher“ mit, schon am Montag werden die Leute in der Wohnung aufgesucht und solange „beobachtet“, bis sie nachgeben und am Nachmittag oder Tags darauf dem Betrieb fern bleiben. Zeigen sich aber etwa einige widerpenstige, so prangen am selben Abend noch ihre Namen und sonstigen Personalien im sozialdemokratischen Blatt. Auch die Krankenbesucher treten bei Wahlen in Tätigkeit. Sie geben dem sozialdemokratischen Wahlbureau eine Liste der Kranken, die ihre Wahl nicht selbst ausüben können. Durch das Bureau werden dann die notwendigen Vollmachten beigegeben.

Wie die Sozialdemokratie sich als „Arbeitsgeberin“ betätigt, dafür ein Beispiel aus der gemeinsamen Ortskrankenkasse in C.

Von den dort angestellten vier Beamten bezog der Kassenvorstand bei 22 Dienstjahren 2000 Mk., der erste Beamte bei zehn Dienstjahren 1200 Mk., der zweite Beamte bei vier Dienstjahren 1100 Mk. und der dritte und vierte Beamte bei drei Dienstjahren 1000 Mk. Schon ein Jahr zuvor hatten die Beamten den in seiner Mehrheit der sozialdemokratischen Partei angehörigen Vorstand um Erhöhung der Gehälter ersucht, waren jedoch abgewiesen worden. Zur nächsten Generalversammlung unterbreiteten sie nun dem Vorstand das Gesuch, jedem der vier Beamten 200 Mark Zulage zu gewähren. Der Vorstand konnte sich jedoch auch dazu nicht entschließen, sondern ließ der Generalversammlung die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage von 100 Mark vor. Die Generalversammlung lehnte jedoch ab und zwar ohne jede Debatte auch dieses bescheidene Zugeständnis ab. Die Mehrheit bestand aus Mauern und Brauern, welche damals selbst an ihre Arbeitsgeber mit Forderungen auf Lohnerhöhung herangetreten waren. Eine aus einem Besoldungsgehilfen heraus unternehmende zweite namentliche Mitteilung brachte das gleiche Ergebnis, nur noch begleitet von ironischen Zusätzen und von böhmischen Gesätsen. Schließlich ging man zum nächsten Punkt der Tagesordnung über: Entschädigung an die Vorstandsmitglieder. Ohne jede Debatte wurde der entsprechende Antrag angenommen.

Mit dieser kleinen Blütenspiele mag es vorerst genug sein. Wir beschließen uns infolgedessen auf den Gegenstand weiter einzugehen.

Parteinachrichten.

L. C. Obwohl der Reichstagswahlkreis Weimern 1 eine der besten Domänen für die fortschrittliche Volkspartei ist, entbehrt er bisher einer klaren Organisation. Um die letztere zu schaffen wurde in Weimern ein „fortschrittlicher Kreisverein“ gegründet, dem eine große Anzahl der angesehenen Bürger der Stadt und der nächsten Umgebung als Mitglieder beitraten.

L. C. Im Wahlkreis Ostthüringen wurde von konfessioneller Seite schon wieder mit dem alten Argument gegen die Fortschrittler gearbeitet, daß sie über ungeheure Geldmittel verfügten. Diesmal wird, und zwar von dem amtierenden Wahlkreisrat, mit der Summe 40 000 Mark operiert. Da zu bemerkt die „Liberalen“: Diese Summe besteht natürlich nicht aus der „Kassette“. Die freiwirtschaftlichen Wahlkreise müssen mit unendlich viel kleineren Summen bekämpft werden. Es ist ein alter, aber mit der Zeit nicht anfänglicher Wendung

trieb, den freiwirtschaftlichen Kreisläufen anzudeuten, die von der „Börse“ den „Jubiläumsmillionären“ übernommen sollen. Dieser ist die Opferwilligkeit für politische Zwecke gerade bei den Liberalen am schwächsten ausgebildet.

Ausland.

Nationale Opferwilligkeit in Portugal.

Der Regierungswechsel in Portugal hat den nationalen Opferwilligkeit nachdrücklich belebt. In patriotischen Kreisen wird jetzt eifrig der Gedanke einer großen freiwilligen Gesammmlung besprochen, aus deren Erträgen die schwere Last der äußeren Schuld gemindert werden soll.

In allen Volksteilen findet eine lebhafteste Erörterung statt über die Idee einer großen nationalen Subskription. Verschiedene Vorgesetzten von kleinen Grundbesitzern stellen ihren Besitz zur Verfügung, ebenso öffentliche Beamte ihre Monatsgehälter als Zeichen des Patriotismus und der republikanischen Gesinnung.

Die öffentliche Meinung, daß öffentliche Sammlungen in der Hauptstadt wie in der Provinz veranstaltet wurden, um die finanzielle Kraft der Regierung zu steigern, wird in Paris übrigens dahin aufgeführt, daß es sich zunächst um die Schaffung durchaus zuverlässiger Gardebataillone handelte, die durch ehemalige, gemehrte Offiziere und Soldaten verstärkt werden sollen.

Mißgunstung im portugiesischen Kabinett.

Paris, 21. Okt. Die „Agence Journalière“ erhielt aus Lissabon die Nachricht von einer bevorstehenden Ministerkrise. Der Finanzminister, der Kriegsminister und der Minister für öffentliche Arbeiten sollen dem Kabinett ihre Demission überreicht haben.

Die Vorgänge in Persien.

Der Eindruck der englischen Note in Persien.

Dem „B. T.“ wird aus Teheran telegraphiert: In seiner erst jetzt bekannt gewordenen Note an die persische Regierung, in der England für den Fall der Fortdauer der Unruhen in Elberkistan mit der Schließung dieses Gebietes droht, hat nach letzter Anschauung des Kabinetts von St. James der russischen Politik allerdings keine man die Auffassung, daß es dies mehr gemungen als freiwillig tut, um im Süden ein Gegengewicht gegen die russische Okkupation Nordpersiens zu schaffen. Trotz des bringenden Tones, den die Note anstößt, wird die eventuelle Durchführung der Androhung hier stark bezweifelt. In der Note erblickt man eher ein Mittel zur Durchdringung der übrigen zu vorteilhaften Bedingungen von primärer englischer Seite angetriebenen Anleihen. Das Mäntelchen bittiger Fremdbestimmungserklärungen zwischen Russland und England nicht verfallen. Immerhin ist die Lage in Persien kritisch und ein baldiger Ministerwechsel, besonders wegen der russischen Intrigen, wahrscheinlich.

Die Auffassung der russischen Regierung.

Dem ältesten Blatte wird weiter aus Petersburg telegraphiert:

Im Ministerium des Auswärtigen erfährt sich, daß die englische Note an die persische Regierung der russischen Regierung mitgeteilt war, und es wird hinzugefügt, daß die nichts enthalte, was die Unabhängigkeit Persiens beeinträchtigen könnte. England habe in seiner Note lediglich seinen alten Antrag wiederholt, die persische Grenzmarke zum Südbesitz bestimmter Kasanenerstrichen zu orientieren. Dieser Vorschlag sei schon viel früher in Verbindung mit der Anleihenfrage gemacht worden, jedoch bisher von Persien abgelehnt worden.

Konstantinopel, 20. Okt. Der hiesige persische Gesandte protestierte heute auf der Warte gegen das Vordringen türkischer Soldaten in Mesopotamien. Zugleich erklärte er, Persien werde sich gegen alle russisch-englischen Teilungsgelüste bis aufs äußerste wehren.

Die Aussperrung in der Schweizer Uhrenindustrie.

Aus St. Imier wird gemeldet: Da zwischen der Leitung und den Arbeitern der Fabrik von Longines, Chaux-de-Fonds, eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, beschloß der Verband der Uhrenfabrikanten des St. Imierlandes und von Troinval, gleichfalls zur Aussperrung aller Arbeiter, die am 5. November eintreffen soll, zu überreiten.

Nach dieser Solidaritätserklärung der Fabrikanten werden von der Aussperrung etwa 35 000 Arbeiter betroffen werden.

Schwarzarbeiterverweigerung — Freispruch.

(Von unserm M. L. Mitarbeiter.)

Paris, 20. Okt.

Ein kriegsgerichtliches Urteil, das über die Grenzen Frankreichs hinaus Bedeutung verdient, weil es den Welt zeigt, von dem französischen Militärrecht befreit ist, fällt dieser Tage des kriegsgerichtlichen Grenzhüter. Angeklagt war der Hauptmann Fernand vom 30. Inf.-Regt. Der Offizier hatte von seinem Bataillonskommandeur Befehl erhalten, am 3. und dann am 11. September während der Märsche den Nachschub zu versehen. Der Dienst war, wie festgestellt wurde, recht anstrengend, und eine sehr einfache Rechnung, sowie die Berücksichtigung der militärischen Gepflogenheiten ergibt ohne weiteres, daß die von Fernand befehligte 11. Kompagnie am 11. September nicht schon wieder „dran“ sein konnte. In der Tat ist hier auch der Austrag einer alten Differenz zwischen Hauptmann und Major vorzuliegen. Hauptmann Fernand wies sich beim Obersten, erhielt aber den Rat, sich mit seinen Kameraden auszusöhnen. Der Hauptmann, einer anderen Kompagnie, erkannte dann auch ohne weiteres an, daß die Reize eigentlich an ihm lag, was den Major aber nicht bestimmte, der Kompagnie Fernands einen Strafbefehl am

13. September „aufzubringen“. Daran verweigerte Fernand den Gehorsam und begründete seine Handlungsweise mit der übertriebenen Anstrengung, die seiner Kompagnie durch die vielen Tümpel ausgesetzt werden sollte. Die Sache ging ihren Gang: Das Kriegsgericht war die Folge. Aber hier war der Oberst des Regiments der erste, der den Richter einen Freispruch empfahl. Das Gericht entschied denn auch demgemäß. (Hierzu sei bemerkt, daß Hauptmann Fernand ehemals Unteroffizier und durch Fleiß und eigene Tüchtigkeit in die Höhe gekommen war. Er hat auch den „Offen“ jahrelang geübt und Freud und Leid des Nach- und Arbeitslebens aus eigener Anschauung kennen gelernt. Immerhin: Bei uns wären ihm die Degradation und ein paar Jahre „Kettung“ lieber gewesen!)

Zwischung im französischen Kabinett.

Paris, 21. Okt. Aus dem geistigen Ministerat wird erzählt, daß es zwischen dem Arbeitsminister Viviani und seinen Kollegen wegen gewisser Vorkommnisse bei der letzten Eisenbahnreise zu Auseinandersetzungen gekommen wäre, die betriebe zur Demission des Ministers Viviani geführt hätten. Vorläufig bleibt Viviani im Ministerium. Er macht keine ferneren Entschuldigungen von der Haltung der Kammer abhängig.

Ein zuverlässliches Wort.

Der erste Lord der englischen Admiralität Mc Kenna hielt am Donnerstag in London eine Rede, in der er erklärte, die alarmierenden Vorläufe, die Balfour kürzlich in Bezug auf die englische Flottenstärke gemacht habe, würden weder durch die Tatsachen noch durch demeritäre Zahlen unterstützt. Alle Parteien seien sich darin einig, daß Englands Vorkriegsflotte zur See erhalten werden müsse. Die Frage laufe einfach darauf hinaus, genau zu bestimmen, welche Verbesserungen notwendig seien, um Englands Vorrat in den nötigen Rudern zu versehen. Balfour habe gesagt, daß der Grad von Englands Überlegenheit so tief wie nie zuvor gesunken sei, richtiger sei es jedoch, zu sagen, daß mit wenigen Ausnahmen Englands Überlegenheit in Friedenszeiten niemals so groß gewesen sei wie jetzt.

Kreuzer für die englischen Kolonien.

Wie nunmehr amtlich mitgeteilt wird, werden drei bis fünf Kreuzer, welche in Auftrag gegeben worden sind, auf Rechnung der Kolonien gebaut, und zwar auf Rechnung der australischen Bundesregierung von Neuseeland und für Kanada. Die englische Admiralität ist für die neuseeländischen Schiffe verantwortlich, während für die anderen Schiffe die betreffenden Vorkriegsregierungen aufkommen.

Erkrankung des rumänischen Königs.

Wien, 21. Okt. Meldungen aus Sinaia zufolge ist König Carol von Rumänien neuerdings erkrankt und muß das Bett hüten. (Telegramm.)

Das Befinden des serbischen Kronprinzen.

Belgrad, 21. Okt. Das gestern abend ausgegebene Bulletin bestätigt das Befinden des serbischen Kronprinzen als sehr ernst. Professor Schostak äußerte sich neuerdings über das Krankheitsbild: Der Krankheitszustand ist überaus ernst. Es ist möglich, daß dieser noch drei oder vier Tage in derselben Stube anhalten wird. Zwei Momente sind sehr bedrohlich, die schwache Herzstätigkeit und Symptome von größeren Komplikationen in der Lunge.

Die spanischen Republikaner.

Paris, 21. Okt. Jules Hedemann hat für den „Matin“ in Spanien eine Enquete veranstaltet über die Absichten der Republikaner in Spanien. In einem Interview, das er mit dem Ministerpräsidenten Canalejas hatte, äußerte sich dieser folgendermaßen: Die portugiesische Revolution hat keinen Einfluss auf Spanien ausgeübt. Die spanische Armee ist der Monarchie sehr zugetan. Der Führer der Republikaner Lerroux dagegen ist anderer Ansicht und erklärte, die Republik sei in drei bis vier Jahren auch in Spanien eingeführt. Sie sei ebenso sicher, wie der Sonnenaufgang des Morgens. Die große Mehrheit des spanischen Volkes sei antiklerikal und antimonarchistisch. Die republikanische Propaganda bringe immer weiter in die spanischen Katakomben ein. Der König sei nicht vollständig. Er beschäftigt sich zu sehr mit Sport und zu wenig mit seinem Volke.

Aleine Tagesnachrichten.

Sozialistische Manifestationen.

London, 21. Okt. Für den 10. Dezember ist eine große sozialistische Manifestation geplant. An derselben werden als Vertreter Frankreichs Tardieu und als Vertreter Belgens Vandervelde teilnehmen.

Politisches Attentat.

Agram, 21. Okt. In der Ortschaft Radoboi brachten gestern unbekante Täter vor dem Fenster der Wohnung des Pfarrers Petrovic zwei Dynamitpatronen zur Explosion. Sie richteten jedoch nur geringe Schäden an. Das Attentat ist auf politische Motive zurückzuführen.

Von Monacos Zukunft.

Rom, 21. Okt. Das von dem ehemaligen Obersten Barone rebierte Ministerium „Renaziani“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift: „Haben wir ein Auge auf das Fürstentum Monaco?“ Der Verfasser des Artikels sei, inneren daran, daß Monaco ein Stück italienischer Erde sei, das man durchaus beschlagnahmen wolle. Weiter erinnert der Artikel an ein Gericht, auf welchem beschlagnahmt ist, Monaco als Flottenstation an Deutschland zu schenken.

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts.

Das Oberverwaltungsgericht hat über die Grenzen der polizeilichen Befugnisse eine recht bemerkenswerte Entscheidung gefällt. Nach einer für Polen erworbenen Polizeiverordnung sollen Straßenbeschilderungen an den Häusern usw. nur in deutscher Sprache angebracht werden. Vor einiger Zeit bemerkte ein Schuhmann, daß in der Türschwelle eines Hauses eine Wohnungstafel hing, auf welcher die Straßenbezeichnung in deutscher und polnischer Sprache angegeben war.

1021020/fragment/page=0003

